

ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 09 | 05.03.2021

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre
Redaktionelle Leitung: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

Neue Auflage

Andreas Janko

Staats- und Verwaltungsorganisation

Das in 2. Auflage neu erschienene Studienbuch „Staats- und Verwaltungsorganisation“ von Univ.-Prof. Dr. Andreas Janko vermittelt in einer strukturierten und auf das Wesentliche konzentrierten Form ein grundlegendes Verständnis der Staats- und Verwaltungsorganisation. Es behandelt damit zentrale Themen sowohl aus dem Fach „Verfassungsrecht“ als auch aus dem Fach „Verwaltungsrecht“.

ISBN 978-3-902883-45-2, 2. Auflage, XI und 151 Seiten, Harteinband, 30 EUR // Nähere Infos finden Sie [hier](#).

I. BUNDESGESETZBLATT

[BGBl I 32/2021](#)

Kundmachung der Bundesministerin für EU und Verfassung betreffend die **Berichtigung von Verlautbarungen im Bundesgesetzblatt**

[BGBl I 33/2021](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Epidemiegesetz 1950** und das **COVID-19-Maßnahmegesetz** geändert werden (ein Nachweis über eine geringe epidemiologische Gefahr kann neben einem negativen Testergebnis auf SARS-CoV-2 auch eine ärztliche Bestätigung über eine erfolgte und aktuell abgelaufene Infektion sein; da die Daten über abgelaufene Infektionen im Register anzeigepflichtiger Krankheiten [elektronisches Meldesystem-EMS] enthalten sind, ist es iSd serviceorientierten und verwaltungsökonomischen Vorgehens sinnvoll, neben der ärztlichen Bestätigung auch eine „Genesungsbescheinigung“ vorzusehen, die aus dem EMS generiert werden kann)

[BGBl I 34/2021](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Gesundheitstelematikgesetz 2012** geändert wird (redaktionelle Anpassung an die übrigen Begriffe des GesundheitstelematikG [„eHealth“ statt „e-Health“, „eImpfpass“ statt „e-Impfpass“, „eMedikation“ statt „e-Medikation“]; Behebung der systemwidrigen Einordnung der eMedikation; Vorteile der eHealth-Anwendung „Elektronischer

Impfpass“ können nur dann voll ausgeschöpft werden, wenn Informationen über vorangegangene Impfungen vorliegen; Verpflichtung der Gesundheitsdiensteanbieter, die von ihnen verabreichten COVID-19-Impfungen nachzutragen)

[BGBI I 35/2021](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Allgemeine Sozialversicherungsgesetz** geändert wird (Verlängerung des zeitlichen Geltungsbereichs der Zahlungserleichterungen auf Grund der Fortdauer der Pandemie um drei Monate; Anpassung der befristeten Verzugszinsenreduktion an den neuen Zeitraum; umfassende Teststrategie zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie; essentieller Bestandteil ist dabei das breite Angebot von kostenlosen Testmöglichkeiten für die unterschiedlichen Zielgruppen; laufender Ausbau dieser Testkapazitäten)

[BGBI I 36/2021](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Gewerbliche Sozialversicherungsgesetz**, das **Bauern-Sozialversicherungsgesetz** und das **Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetz** geändert werden (Berechtigung der öffentlichen Apotheken ab dem 8. Februar 2021, COVID-19-Tests an den nach den jeweiligen Bundesgesetzen krankenversicherten Personen und ihren anspruchsberechtigten Angehörigen durchzuführen; Abgabe von SARS-CoV-2-Antigentests zur Eigenanwendung an die bezugsberechtigten Personen; die Verrechnung der Honorare beider Maßnahmen erfolgt seitens der öffentlichen Apotheken im Wege der Pharmazeutischen Gehaltskasse an die gesetzlichen Krankenversicherungsträger)

[BGBI II 96/2021](#)

Verordnung der Bundesregierung, mit der die Anzahl der quotenpflichtigen Aufenthaltstitel und die Höchstzahlen der Beschäftigungsbewilligungen für befristet beschäftigte Fremde und Erntehelfer für das Jahr 2021 festgelegt werden (**Niederlassungsverordnung 2021 – NLV 2021**)

[BGBI II 98/2021](#)

Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Virusvariantenverordnung (**COVID-19-VvV**) geändert wird

[BGBI III 35/2021 \(Anlage\)](#)

Abkommen zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung des Staates Israel über die **Nutzung von Reproduktionen bestimmter Archivalien**

[BGBI III 36/2021](#)

Siebenter **Zusatzvertrag zwischen der Republik Österreich und dem Heiligen Stuhl** zum Vertrag zwischen der Republik Österreich und dem Heiligen Stuhl zur Regelung **vermögensrechtlicher Beziehungen** vom 23. Juni 1960

II. AMTSBLATT DER EU

[ABI L 71I v 02.03.2021, 1](#)

Durchführungsverordnung (EU) 2021/371 des Rates vom 2. März 2021 zur Durchführung der Verordnung (EU) 2020/1998 über restriktive Maßnahmen gegen schwere **Menschenrechtsverletzungen und -verstöße**

[ABI L 71I v 02.03.2021, 6](#)

Beschluss (GASP) 2021/372 des Rates vom 2. März 2021 zur Änderung des Beschlusses (GASP) 2020/1999 über restriktive Maßnahmen gegen schwere **Menschenrechtsverletzungen und -verstöße**

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

21.09.2020, [A 28/2020](#)

Gesetz betreffend Gebühren von Totalisateur- und Buchmacherwetten; Abweisung einer **Klage auf Zahlung** eines (beschlagnahmen) Geldbetrags durch das Land Wien; kein zu Recht bestehendes Klagebegehren mangels endgültiger Entscheidung des VwGH

21.09.2020, [A 29/2020](#)

Gesetz betreffend Gebühren von Totalisateur- und Buchmacherwetten; Abweisung einer **Klage auf Zahlung** eines (beschlagnahmen) Geldbetrags durch das Land Wien; kein zu Recht bestehendes Klagebegehren mangels endgültiger Entscheidung des VwGH

22.09.2020, [V 67/2019](#)

Oö BauO; Abweisung des Antrags auf Aufhebung einer VO betreffend die **Erklärung von Grundstücken zu Neuplanungsgebieten** auf Grund ausreichender Bestimmtheit

07.10.2020, [E 1294/2020](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Nichtzuerkennung des **Status eines subsidiär Schutzberechtigten** betreffend einen Staatsangehörigen von Afghanistan; keine Auseinandersetzung mit aktuellen Länderberichten sowie Außerachtlassung der aktuellen UNHCR-RL

24.11.2020, [A 69/2020](#)

WettenG; Stattgabe einer Klage gegen den Magistrat Wien auf **Herausgabe von Wettinformationsgeräten und Wettannahmeschalter** mangels Rechtsgrundlage für die Beschlagnahme und den Verfall

24.11.2020, [A 71/2020](#)

ZPO; RechtsanwaltstarifG; Stattgabe einer Klage gegen den Magistrat der Stadt Wien auf Ersatz von – dem Grunde nach gerechtfertigten – Prozesskosten wegen **Herausgabe näher bezeichneter Wettgeräte**

09.12.2020, [V 102/2019](#)

StVO; Gesetzeswidrigkeit eines **Halte- und Parkverbots** in Linz wegen signifikanter Abweichung des Aufstellungsorts der Verkehrszeichen vom räumlichen Geltungsbereich der VO; Kostenersatz für Äußerungen von beteiligten Parteien bei von Gerichten gestellten Anträgen auf Normenprüfung ist Sache dieser Gerichte

09.12.2020, [V 6/2020](#)

StVO; keine Gesetzeswidrigkeit der Kundmachung einer **KurzparkzonenVO** einer NÖ Gemeinde wegen Nichtaufstellung eines Verkehrszeichens an der Grenze zweier – einen einheitlichen räumlichen Geltungsbereich bildenden – Kurzparkzonen; kein Kundmachungsmangel durch Nichtaufstellung des Beginnzeichens einer Kurzparkzone am Ende einer Einbahnstraße

03.03.2021, [UA 1/2021](#)

VerfahrensO für parlamentarische Untersuchungsausschüsse; Verpflichtung des BM für Finanzen, dem **Ibiza-Untersuchungsausschuss** die E-Mail-Postfächer sowie lokal- oder serverseitig gespeicherte Daten namentlich genannter Bediensteter des Ministeriums sowie alle E-Mails an Ministeriumsbedienstete vorzulegen, die von bestimmten Absendern stammen; die Frage, ob für einen U-Ausschuss angeforderte Akten oder Unterlagen vom Gegenstand der Untersuchung umfasst sind, ist zunächst vom vorlagepflichtigen Organ zu beurteilen; dieses kann die Vorlage mit der Behauptung verweigern, dass die betreffenden Akten oder Unterlagen für den Gegenstand der Untersuchung nicht einmal abstrakt relevant sein kön-

nen; eine solche Behauptung wäre im Einzelnen zu begründen; dieser Begründungspflicht ist der Finanzminister nicht nachgekommen

24.02.2021, [E 27/2021](#)

VfGG; Ablehnung der Behandlung einer **Beschwerde einer Auskunftsperson gegen Beugestrafe**; die Beschwerde rügt die Verletzung in näher bezeichneten verfassungsgesetzlich gewährleisteten Rechten; nach den Beschwerdebehauptungen wären diese Rechtsverletzungen aber zum erheblichen Teil nur die Folge einer – allenfalls grob – unrichtigen Anwendung des einfachen Gesetzes

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

15.12.2020, [Ro 2020/13/0010](#)

Wirtschaftliche Eigentümer RegisterG; gem § 10a Abs 1 und 2 Wirtschaftliche Eigentümer RegisterG sind von den Antragstellern entsprechend „Tatsachen“ nachzuweisen, dass die Einsichtnahme den wirtschaftlichen Eigentümer dem genannten **unverhältnismäßigen Risiko** aussetzen würde; § 10a Abs 2 Unterabs 2 Satz 2 leg cit regelt insoweit nur, ob ein Risiko als unverhältnismäßig anzusehen ist; unverhältnismäßig ist das Risiko, wenn die Eintrittswahrscheinlichkeit deutlich höher erscheint als bei durchschnittlichen wirtschaftlichen Eigentümern in vergleichbarer Position; diese deutlich höhere Wahrscheinlichkeit kann sich nach dieser Bestimmung „insbesondere“ (also nicht taxativ) daraus ergeben, dass („weil“) gegen den wirtschaftlichen Eigentümer oder nahe Angehörige in der Vergangenheit bereits Straftaten verübt oder angedroht wurden oder dass aus sonstigen Umständen eine besondere Gefährdungslage hervorgeht

30.12.2020, [Ro 2018/22/0019](#)

Niederlassungs- und AufenthaltsG; Niederlassungs- und AufenthaltsGz-DurchführungsVO; die – durch eine dem Antrag nach § 64 Abs 1 Niederlassungs- und AufenthaltsGz anzuschließende Aufnahmebestätigung der Universität nachzuweisende – aufrechte Zulassung an einer Universität (oder einer anderen aufgezählten Bildungseinrichtung) ist als eine **besondere Erteilungsvoraussetzung für die Aufenthaltsbewilligung** „Student“ anzusehen, deren Nichterfüllung zur Abweisung des Antrags führt; weder das Niederlassungs- und AufenthaltsG noch die Niederlassungs- und AufenthaltsG-DurchführungsVO enthalten jedoch nähere Regelungen zur angesprochenen Aufnahmebestätigung

12.01.2021, [Ra 2020/21/0378](#)

FremdenpolizeiG; aus § 80 Abs 4 FremdenpolizeiG lässt sich ableiten, dass zur Ermittlung der **Höchstdauer** „wegen desselben Sachverhalts“ verhängte **Schubhaften** zusammen zu rechnen sind; das gilt zur Vermeidung eines Wertungswiderspruchs nicht nur für die Höchstfrist (von achtzehn Monaten) nach § 80 Abs 4 leg cit, sondern auch für die Höchstfristen (von drei bzw sechs Monaten) nach Abs 2 leg cit

22.01.2021, [Ra 2019/02/0218](#)

Wr WettenG; AVG; die **dingliche Wirkung eines Bescheids** besagt, dass die durch ihn begründeten Rechte und Pflichten an der Sache haften und durch einen Wechsel in der Person des Eigentümers nicht berührt werden und der Einzel- oder Gesamtrechtsnachfolger auch in die Parteistellung des Rechtsvorgängers an dessen Stelle eintritt und sich alle Verfahrenshandlungen und -unterlassungen seines Rechtsvorgängers zurechnen lassen muss; das Gleiche gilt, wenn auf den Inhaber des Rechts abzustellen ist, sodass der aktuelle Inhaber zur Fortsetzung eines diesbezüglichen Verfahrens legitimiert ist; der infolge Übernahme des Geschäftslokals bewirkte Wechsel in der Parteistellung führt dazu, dass das VwG sein Erkenntnis über die Beschwerde gegen die Schließung des in Rede stehenden Lokals an die neue Inhaberin der Betriebsstätte richten durfte

22.01.2021, [Ra 2020/02/0139](#)

Wr WetteG; nach den Erläuterungen zum Wr WetteG (BlgLT 20. GP 3/2016, 4ff) wird in § 13 Abs 5 leg cit dem Umstand Rechnung getragen, dass es in **Betriebsstätten ohne Wettannahmeschalter** (zB Gaststätten, Tankstellen) aufgrund der fehlenden Aufsicht durch Mitarbeiter des Wettunternehmers zusätzlicher strengerer Bestimmungen für Wettterminals bedarf; mit der Novelle LGBl 40/2018 wurden die Bestimmungen des § 13 Abs 5 und des § 5 Abs 3 Wr WetteG ohne Änderungen

des Regelungsinhalts in § 13 Abs 3 bzw § 5 Abs 2 leg cit übernommen, weshalb die Erläuterungen zur Stammfassung auch für diese Rechtslage weiterhin von Bedeutung sind

28.01.2021, [Ro 2019/02/0017](#)

StVO; B-VG; zu einzelnen in § 43 StVO geregelten Verordnungen wurde bisher judiziert, dass sie kein **subjektives Recht** und damit kein Antragsrecht auf Erlassung einer VO begründen; von diesen Bestimmungen des § 43 StVO unterscheidet sich die Verordnungsermächtigung nach § 43 Abs 1 lit d StVO insofern, als sie unter näher genannten weiteren Voraussetzungen anordnet, dass Straßenstellen für Menschen mit Behinderungen durch ein **Halteverbot** freizuhalten sind, und zwar unter bestimmten Umständen für ein bestimmtes Kraftfahrzeug; es ist davon auszugehen, dass § 43 Abs 1 lit d StVO Menschen mit Behinderungen ein subjektives Recht einräumt und daher bei Vorliegen der Voraussetzungen ein entsprechendes Halteverbot zu erlassen ist und im Fall des Nichtvorliegens der Voraussetzungen ein (negativer) Bescheid in der Sache zu ergehen hat.

C. VERWALTUNGSGERICHTE

LVwG Oö 11.01.2021, [LVwG-250187](#)

Oö Auskunftspflicht-, Datenschutz- und InformationsweiterverwendungsG; Oö ArtenschutzVO; der Bekanntgabe einer personenbezogenen Information dahin, ob die Beschlussfassung der Oö LReg über den der Kundmachung LGBl 31/2020 zur Änderung des § 8a der Oö ArtenschutzVO zu Grunde liegenden Antrag einstimmig oder mehrstimmig – und diesfalls unter Zustimmung welcher Mitglieder der LReg erfolgte, steht die Verpflichtung zur **Amtsverschwiegenheit** gem Art 20 B-VG iVm § 3 Abs 1 Oö Auskunftspflicht-, Datenschutz- und InformationsweiterverwendungsG und iVm § 10 GO LReg entgegen

LVwG Oö 29.01.2021, [LVwG-152903](#)

Oö BauO; Oö ROG; der Inhalt der verfahrensgegenständlichen Beschwerde beschränkt sich im Ergebnis auf eine Darstellung von Absichten und Rechtsirrtümern der Rechtsvorgänger der Bf und von Bemühungen, sich rechtskonform zu verhalten und weitere Grundstücke zu erwerben; die Bf kündigen darin auch ein Ansuchen auf **Umwidmung** ihres Grundstücks in Bauland an und bestreiten in ihrer Beschwerde damit weder den von der belangten Behörde festgestellten Sachverhalt, noch dessen rechtliche Beurteilung; auch wurden keine Verfahrensfehler oder die Unzuständigkeit der belangten Behörde von den Bf darin moniert; das LVwG konnte daher im Ergebnis aus dem Inhalt der Beschwerde nicht erkennen, weshalb der Bescheid der belangten Behörde nach Ansicht der Bf unrichtig sein soll; die Beschwerde gegen den angefochtenen Bescheid der belangten Behörde war daher zurückzuweisen, weil die Bf die Inhaltserfordernisse der Beschwerde nach § 9 Abs 1 Z 3 VwGVG nicht erfüllt und damit den aufgezeigten Mangel der Beschwerde nicht behoben haben

LVwG Oö 29.01.2021, [LVwG-500512](#)

7. ZPEMRK; im vorliegenden Fall erschöpft sich die „Begründung“ der Einstellung des Ermittlungsverfahrens der StA in dem Beisatz, dass hinsichtlich des Verdachts nach § 181b StGB durch den Bf durch Übernahme und Behandlung von „Sandgemisch“ von etwa November 2012 bis Februar 2019 keine (ausreichenden) Anhaltspunkte für die tatbestandserfüllenden Gefährdungslagen vorlägen; die Einstellungsentscheidung beruht damit auf einer oberflächlichen Prüfung des Sachverhalts und lässt nicht auf ein längeres bzw intensiveres vorangegangenes **Ermittlungsverfahren** schließen; an dieser Annahme ändert auch der Einwand nichts, dass der Bf umfangreich von der StA Wels zur gegenständlichen Thematik einvernommen worden wäre; als (einzig) geprüftes Faktum wird das mangelnde Vorliegen von Gefährdungslagen genannt, das in den Tatbildern der ggst vorgeworfenen „Ungehorsamsdelikten“, die eben keinen „Erfolg“ – sondern bloß die Begehung – voraussetzen, ohnehin nicht gefordert wird; im Hinblick auf die oberflächliche, auf einen nicht tatbestandserheblichen Sachverhaltsteil beschränkte Prüfung der Faktenlage entfaltet die Einstellung der StA Wels daher **keine Sperrwirkung** iSd Art 4 7. ZPEMRK für das ggst Verwaltungsstrafverfahren

LVwG Tir 24.02.2021, [LVwG-2021/12/0235-5](#)

3. COVID-19-SchutzmaßnahmenVO; die Teilnahme an **öffentlichen Sitzungen des Gemeinderats** während der Geltung der Ausgangsregelung nach § 2 Abs 1 3. COVID-19-SchutzmaßnahmenVO war rechtmäßig

LVwG Vbg 23.02.2021, [LVwG-401-3/2020-R1](#)

AVG; setzt sich die Behörde über das Recht der Partei auf Beachtung der Unabänderlichkeit hinweg und erlässt sie in einer schon entschiedenen Sache nochmals gesetzwidriger Weise eine Sachentscheidung, nimmt sie eine ihr nach dem Gesetz nicht zustehende Kompetenz in Anspruch; durch den inhaltlich rechtswidrigen Bescheid wird die Partei im verfassungsgesetzlich gewährleisteten **Recht auf ein Verfahren vor dem gesetzlichen Richter** verletzt; eine neuerliche Entscheidung in derselben Sache ist nur amtswegig unter den Voraussetzungen des § 68 Abs 2 bis 4 AVG oder aufgrund besonderer gesetzlicher Ermächtigung zulässig

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

[02.03.2021, Rs C-425/19 P, Kommission/ Italien ua](#)

Rechtsmittel – Staatliche Beihilfen – **Intervention eines privatrechtlich organisierten Bankenkonsortiums** zugunsten eines seiner Mitglieder – Genehmigung der Intervention durch die Zentralbank des Mitgliedstaats – Begriff der staatlichen Beihilfe – Zurechenbarkeit an den Staat – **Staatliche Mittel** – Indizien, die den Schluss auf die Zurechenbarkeit einer Maßnahme zulassen – Verfälschung der Sach- und Rechtslage – Beschluss, mit dem die Beihilfe für mit dem Binnenmarkt unvereinbar erklärt wird

[02.02.2021, Rs C-824/18, AB ua \(Nomination des juges à la Cour suprême – Recours\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Art 2 und Art 19 Abs 1 Unterabs 2 EUV – Rechtsstaatlichkeit – **Wirksamer Rechtsschutz – Grundsatz der richterlichen Unabhängigkeit** – Verfahren zur Ernennung zum Richter am Sąd Najwyższy (Oberstes Gericht, Polen) – Ernennung durch den Präsidenten der Republik Polen auf der Grundlage einer EntschlieÙung des Landesjustizrats – Fehlende Unabhängigkeit dieses Rates – Fehlende Wirksamkeit des gerichtlichen Rechtsbehelfs gegen eine solche EntschlieÙung – Urteil des Trybunał Konstytucyjny (Verfassungsgerichtshof, Polen), mit dem die Bestimmung, auf der die Zuständigkeit des vorlegenden Gerichts beruht, aufgehoben wird – Erlass von Rechtsvorschriften, die anhängige Rechtssachen von Rechts wegen für erledigt erklären und in Zukunft jeden gerichtlichen Rechtsbehelf in solchen Rechtssachen ausschließen – Art 267 AEUV – **Befugnis und/oder Pflicht der nationalen Gerichte, ein Vorabentscheidungsersuchen einzureichen** und es aufrechtzuerhalten – Art 4 Abs 3 EUV – Grundsatz der loyalen Zusammenarbeit – Vorrang des Unionsrechts – Befugnis, nicht mit dem Unionsrecht im Einklang stehende nationale Rechtsvorschriften unangewendet zu lassen

[02.03.2021, Rs C-746/18, Prokuratuur \(Conditions d'accès aux données relatives aux communications électroniques\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Verarbeitung personenbezogener Daten in der elektronischen Kommunikation** – Richtlinie 2002/58/EG – Betreiber elektronischer Kommunikationsdienste – Vertraulichkeit der Kommunikation – Beschränkungen – Art 15 Abs 1 – Art 7, 8 und 11 sowie Art 52 Abs 1 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Rechtsvorschriften, die eine allgemeine und unterschiedslose Vorratsspeicherung von Verkehrs- und Standortdaten durch die Betreiber elektronischer Kommunikationsdienste vorsehen – Zugang der nationalen Behörden zu den zu Ermittlungszwecken gespeicherten Daten – **Bekämpfung der Kriminalität im Allgemeinen** – Genehmigung der Staatsanwaltschaft – Nutzung der Daten als Beweise im Rahmen des Strafprozesses – Zulässigkeit

[03.03.2021, Rs C-7/20, Hauptzollamt Münster \(Lieu de naissance de la TVA\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Zollunion – Zollkodex der Union – Verordnung (EU) Nr 952/2013 – Art 87 Abs 4 – Ort des Entstehens der Zollschild – Mehrwertsteuer – Richtlinie 2006/112/EG – Art 2 Abs 1 – Art 70 und 71 – Steuertatbestand und Steueranspruch der Einfuhrmehrwertsteuer – **Ort des Entstehens der Steuerschild** – Feststellung eines VerstoÙes gegen eine Verpflichtung aus unionsrechtlichen Zollvorschriften – Gegenstand, der körperlich in einem Mitgliedstaat in das Zollgebiet der Union verbracht wird, jedoch in dem Mitgliedstaat, in dem die Feststellung getroffen wurde, in den Wirtschaftskreislauf der Union eingetreten ist

[03.03.2021, C-434/19, Poste Italiane](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Staatliche Beihilfen – Wettbewerb – Art 107 Abs 1 AEUV – Tatbestandsmerkmale – Art 106 Abs 2 AEUV – Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse – **Führung von Postgirokonten für die Erhe-**

bung der kommunalen Grundsteuer – Unternehmen, denen von den Mitgliedstaaten besondere oder ausschließliche Rechte gewährt werden – **Von dem begünstigten Unternehmen einseitig festgelegte Gebühren** – Missbrauch einer beherrschenden Stellung – Art 102 AEUV – Unzulässigkeit

[03.03.2021, Rs C-220/19, Promociones Oliva Park](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 2008/118/EG – Allgemeines Verbrauchsteuersystem – Art 1 Abs 2 – Andere indirekte Steuern auf verbrauchsteuerpflichtige Waren – Richtlinie 2009/28/EG – Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen – Art 1 und Art 3 Abs 1, 2 und 3 Buchst a, Letzterer im Licht von Art 2 Buchst k – Richtlinie 2009/72/EG – Gemeinsame Vorschriften für den Elektrizitätsbinnenmarkt – **Steuer auf den Wert der Erzeugung elektrischer Energie** – Wesen und Struktur der Steuer – Steuer, die in gleicher Weise Elektrizität aus erneuerbaren Quellen und Elektrizität aus nicht erneuerbaren Quellen trifft

[04.03.2021, Rs C-947/19 P, Liaño Reig/ CRU](#)

Rechtsmittel – Wirtschafts- und Währungsunion – Bankenunion – Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen – **Einheitlicher Abwicklungsmechanismus für Kreditinstitute und bestimmte Wertpapierfirmen (SRM)** – Abwicklungsverfahren – Erlass eines Abwicklungskonzepts für die Banco Popular Español SA – Verordnung (EU) Nr 806/2014 – Art 24 – **Instrument der Unternehmensveräußerung** – Art 21 – Herabschreibung und Umwandlung von Kapitalinstrumenten – Instrumente des Ergänzungskapitals – Nichtigkeitsklage – Teilnichtigkeitsklärung – Untrennbarkeit – Unzulässigkeit

[04.03.2021, Rs C-912/19, Agrimotion](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Rechtsangleichung – Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln – Verordnung (EG) Nr 1107/2009 – Art 52 Abs 1 – Genehmigung für den Parallelhandel – Personengebundenheit der Genehmigung

[04.03.2021, Rs C-581/19, Frenetikexito](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Steuerrecht – Mehrwertsteuer – Richtlinie 2006/112/EG – Art 2 Abs 1 Buchst c – Der Mehrwertsteuer unterliegende Leistungen – Befreiungen – Art 132 Abs 1 Buchst c – Heilbehandlungen im Rahmen der Ausübung ärztlicher und artzähnlicher Berufe – **Ernährungscoaching und Ernährungsberatung** – Sportliche Aktivitäten und Aktivitäten in den Bereichen des körperlichen Wohlbefindens und der körperlichen Fitness – Begriffe ‚einheitlich komplexe Leistung‘, ‚Nebenleistung zur Hauptleistung‘ und ‚Selbständigkeit der Leistungen‘ – Kriterien

[04.03.2021, C-473/19, Föreningen Skydda Skogen](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Umwelt – Richtlinie 92/43/EWG – Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen – Art 12 Abs 1 – Richtlinie 2009/147/EG – Erhaltung der wildlebenden Vogelarten – Art 5 – Forstwirtschaft – **Verbote, die die Erhaltung der geschützten Arten gewährleisten sollen** – Geplanter Kahlschlag – Gebiet, in dem geschützte Arten vorkommen

[04.03.2021, Rs C-362/19 P, Kommission/ Fútbol Club Barcelona](#)

Rechtsmittel – Staatliche Beihilfen – Beihilfe zugunsten bestimmter Profifußballvereine – Art 107 Abs 1 AEUV – Begriff ‚Vorteil‘ – Beihilferegulierung – Verordnung (EU) 2015/1589 – Art 1 Buchst d – Ermäßigter Steuersatz – **Einrichtungen ohne Gewinnerzielungsabsicht** – Weniger günstiger Steuerabzug – Auswirkung – Anschlussrechtsmittel – Art 169 und 178 der Verfahrensordnung des Gerichtshofs

[04.03.2021, Rs C-193/19, Migrationsverket](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts – Grenzkontrollen, Asyl und Einwanderung – Schengener Durchführungsübereinkommen – Abfrage des Schengener Informationssystems (SIS) bei der Bearbeitung eines Antrags auf einen Aufenthaltstitel, der von einem im SIS zur Einreiseverweigerung ausgeschriebenem Drittstaatsangehörigen gestellt wird – Art 25 Abs 1 – Schengener Grenzkodex – Einreisevoraussetzungen für Drittstaatsangehörige – Art 6 Abs 1 und 5 – Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Art 7 und Art. 24 Abs 2 – Verweigerung der Verlängerung eines Aufenthaltstitels zum Zweck der Familienzusammenführung mit der Begründung, die Identität des Antragstellers sei nicht mit Sicherheit nachgewiesen

B. SCHLUSSANTRÄGE

[02.03, Rs C-94/20, Land Oberösterreich \(Aide au logement\) \(GA Hogan\)](#)

Vorabentscheidungsersuchen – Richtlinie 2003/109/EG – **Langfristig aufenthaltsberechtigte Drittstaatsangehörige** – Art 11 Abs 1 Buchst d – Gleichbehandlung – Ausnahme – Art 11 Abs 4 – Beschränkung der Gleichbehandlung bei Sozialhilfe und Sozialschutz auf Kernleistungen – **Begriff ‚Kernleistungen‘** – Wohnbeihilfe – Erfordernis des Nachweises grundlegender Kenntnisse der Sprache des Mitgliedstaats – Nur für langfristig aufenthaltsberechtigte Drittstaatsangehörige geltende Voraussetzung – Anwendung der Charta und tragender Grundsätze des Unionsrechts im Kontext einer Ausnahme gemäß Art 11 Abs 4 der Richtlinie 2003/109/EG

[03.03.2021, Rs C-741/19, République de Moldavie \(GA Szpunar\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Vertrag über die Energiecharta – Investitionsbegriff – Streitigkeiten zwischen einem Investor und einer Vertragspartei – **Vollkommen außerhalb der Unionsrechtsordnung liegender Sachverhalt** – Zuständigkeit des Gerichtshofs

[04.03.2021, Rs C-811/19, FQ ua \(Sanctions extraterritoriales\) \(GA Bobek\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Union – Art 325 Abs 1 AEUV – Strafverfahren wegen Korruption – Teilweise aus europäischen Mitteln finanzierte Projekte – Nationale Rechtsvorschriften über ein Spezialisierungserfordernis für gerichtliche Spruchkörper in Korruptionssachen – Entscheidung eines Verfassungsgerichts mit der Anordnung der erneuten Verhandlung in erster Instanz in Bezug auf von nicht spezialisierten Spruchkörpern erlassene erstinstanzliche Gerichtsentscheidungen – **Recht auf ein zuvor durch Gesetz errichtetes Gericht** – Art 47 Abs 2 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Richterliche Unabhängigkeit – Art 19 Abs 1 Unterabs 2 EUV – Vorrang des Unionsrechts – Disziplinarverfahren gegen Richter

[04.03.2021, Rs C-570/19, Irish Ferries \(GA Szpunar\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Fahrgastrechte im See- und Binnenschiffsverkehr – Verordnung (EU) Nr 1177/2010 – Annullierung – **Bekanntgabe vor dem ursprünglich vorgesehenen Abfahrtsdatum wegen verspäteter Auslieferung eines neuen Schiffs an den Beförderer** – Folgen

[04.03.2021, Rs C-521/19, Tribunal Económico Administrativo Regional de Galicia \(GA Hogan\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 2006/112/EG – Gemeinsames Mehrwertsteuersystem – Wirtschaftsverwaltungsrechtliche Klage gegen Festsetzungen und Sanktionen auf der Grundlage der Einkommensteuer – **Nicht in Rechnung gestellte Umsätze, die der Mehrwertsteuer unterliegen** – Steuerbemessungsgrundlage – Einbeziehung in den zwischen den Parteien vereinbarten Preis

[04.03.2021, Rs C-379/19, DNA- Serviciul Teritorial Oradea \(GA Bobek\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Entscheidung 2006/928/EG der Kommission zur Einrichtung eines Verfahrens für Zusammenarbeit und Überprüfung (VZÜ) – Rechtswirkungen des VZÜ und der auf seiner Grundlage von der Kommission erstellten Berichte – **Strafverfahren wegen Korruption** – Entscheidungen eines Verfassungsgerichts über den Ausschluss von Beweismitteln, die von oder in Zusammenarbeit mit Nachrichtendiensten erlangt wurden – Art 47 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Richterliche Unabhängigkeit – Art 19 Abs. 1 Unterabs 2 EUV – Vorrang des Unionsrechts – Disziplinarverfahren gegen Richter

[04.03.2021, Rs C-357/19, Euro Box Promotion ua \(GA Bobek\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Union – Art 325 Abs 1 AEUV – Übereinkommen über den Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften – Strafverfahren wegen Korruption – Teilweise durch Mittel der Europäischen Union unterstützte Projekte – Entscheidung eines Verfassungsgerichts über die Rechtmäßigkeit der Besetzung gerichtlicher Spruchkörper – **Nationale Rechtsvorschriften, nach denen die Besetzung gerichtlicher Spruchkörper durch Losentscheid erfolgen muss** – Außerordentlicher Rechtsbehelf gegen rechtskräftige Gerichtsentscheidungen – Recht auf ein zuvor durch Gesetz errichtetes Gericht – Art 47 Abs 2 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Richterliche Unabhängigkeit – Art 19 Abs 1 Unterabs 2 EUV – Vorrang des Unionsrechts – Disziplinarverfahren gegen Mitglieder der Justiz

C. GERICHT

Keine relevanten Urteile im Berichtszeitraum.

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

02.03.2021, Beschwerde Nr [36037/17](#), R.R. ua / Ungarn

Verletzung von Art 3 EMRK (Verbot unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung); **Verletzung von Art 5 Abs 1 EMRK** (Recht auf Freiheit und Sicherheit); **Verletzung von Art 5 Abs 4 EMRK** (Recht auf rasche Entscheidung der Rechtmäßigkeit der Inhaftierung durch ein Gericht); **Inhaftierung** der Bf in **Transitzone** an Grenze zu Serbien im Jahr 2017; **Verletzung von Art 3 EMRK durch Mangel an Nahrung und Aufenthaltsbedingungen**; Aufenthalt der Bf in Transitzone als **faktische Freiheitsentziehung**; Fehlen einer förmlichen Entscheidung und Verfahren, mit welchem Rechtmäßigkeit der Inhaftierung vor Gericht hätte entschieden werden können

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung), Univ.-Ass. Mag. Katharina Arnreither, Univ.-Ass. Mag. Clara Buder, Univ.-Ass. Mag. Nicole Dannerbauer, Univ.-Ass. Mag. Daniela Emeder, Univ.-Ass. Mag. Marlene Helml, Univ.-Ass. Mag. Julia Kreuzhuber, Dr. Florian Kronschläger, Univ.-Ass. Mag. Philipp Wolfgang Stengg LL.M., Wiss.-Mit. Mario Etzelstorfer.

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.